

standpunkt

138

vpod  bern februar 18

Wahlen im Kanton Bern: Abbiegen nach links!

4,5

Am 25. März werden im Kanton Bern Regierung und Parlament neu gewählt. Die rechte Abbaupolitik muss korrigiert werden. Der VPOD empfiehlt Mitglieder zur Wahl, die sich dafür einsetzen.

Interview mit Regierungsrat Bernhard Pulver

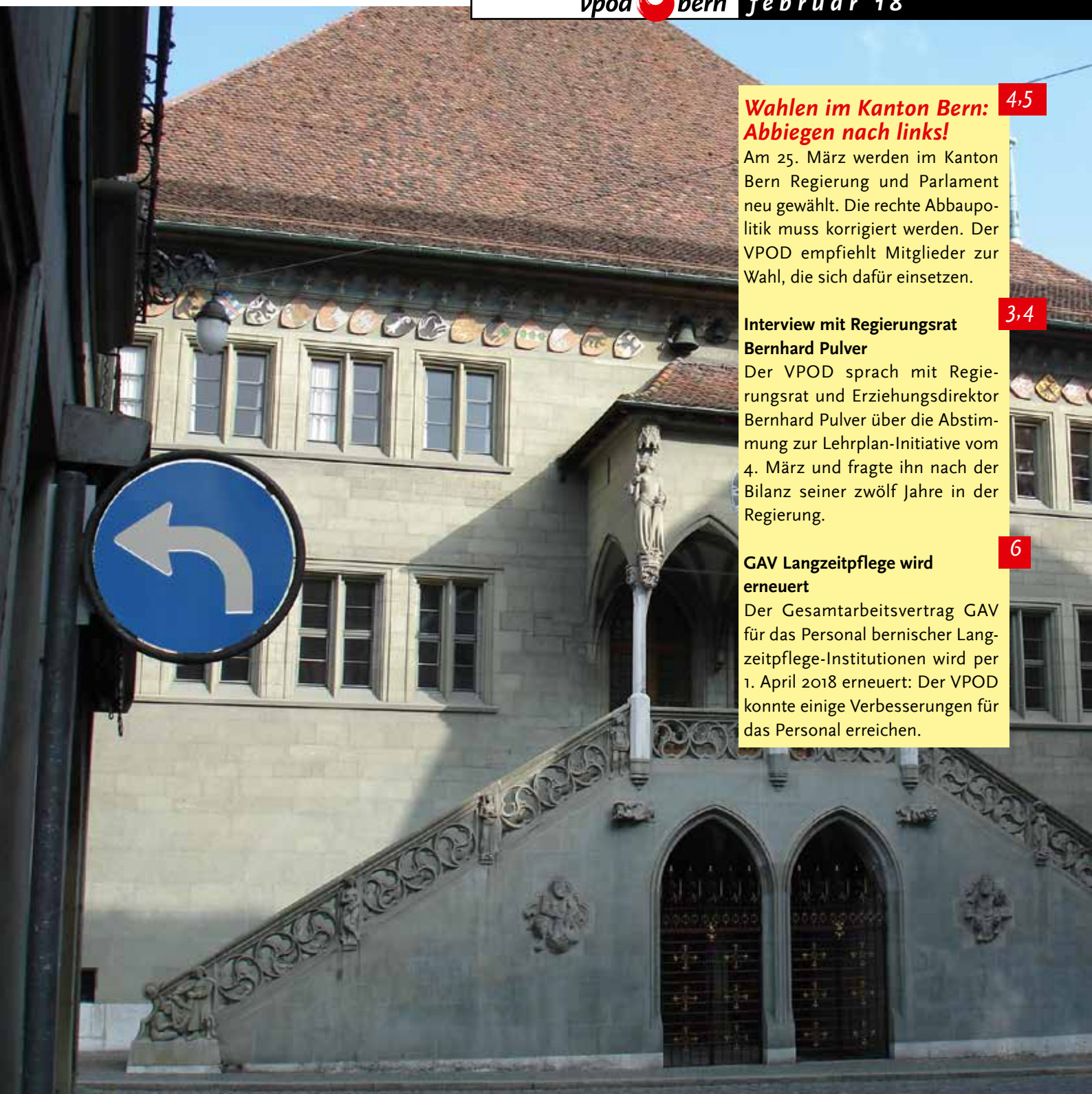
3,4

Der VPOD sprach mit Regierungsrat und Erziehungsdirektor Bernhard Pulver über die Abstimmung zur Lehrplan-Initiative vom 4. März und fragte ihn nach der Bilanz seiner zwölf Jahre in der Regierung.

GAV Langzeitpflege wird erneuert

6

Der Gesamtarbeitsvertrag GAV für das Personal bernischer Langzeitpflege-Institutionen wird per 1. April 2018 erneuert: Der VPOD konnte einige Verbesserungen für das Personal erreichen.



Demokratie als Scheinargument gegen den Lehrplan 21



Foto: Pia Neuenschwander

Bernhard Pulver, Regierungsrat und Erziehungsdirektor 2006-2018

Die InitiantInnen argumentieren mit dem Stichwort Demokratie. Ist das bisherige Vorgehen undemokratisch?

Parlament und Volk regeln viele Dinge im Volksschulgesetz: Ziele und Inhalte, das physische, psychische und soziale Wohlbefinden der Kinder, die Dauer der Schulzeit, die Struktur 6/3, die Selektion und die Übergänge, die Noten, die Grundzüge der Methodik und Didaktik, Tagesschulen, Schulsozialarbeit, die Basisstufe und vieles mehr. Alles Wichtige in der Schule wird also vom Gesetzgeber geregelt, immer mit der Möglichkeit des Referendums. Der Lehrplan hingegen ist ein pädagogisches Fachwerk: Wann kommt Algebra? Kommen Flächenberechnungen vorher? Wie baut man Kompetenzen im Spracherwerb auf? Das sind pädagogische Fragen. In einem demokratischen Staat gibt es unterschiedliche Regelungsebenen: Für Grundfragen das Gesetz, für Fachfragen die Verordnung. Die heutige Zuständigkeit, dass der Lehrplan in einer Verordnung erlassen wird, ist deshalb rich-

tig und demokratisch. Nebenbei: Auch ein Erziehungsdirektor muss in einer Volkswahl gewählt werden – hat also durchaus demokratische Legitimation!

Welche drei wesentlichen Verbesserungen bringt der Lehrplan 21 im Unterrichtsalltag den SchülerInnen aus Ihrer Sicht?

Er bringt eine Harmonisierung der Lehrpläne zwischen den Kantonen, was das Zügeln innerhalb der Deutschschweiz und die Zusammenarbeit im Bereich Lehrmittel

vereinfacht; er legt mehr Gewicht auf die Anwendung, was für die SchülerInnen wichtig ist und er bringt neben zusätzlichen Lektionen in Mathematik und Deutsch das wichtige neue Fach «Medien und Informatik» in die Schule.

...welche Chancen eröffnete der Lehrplan 21 den SchülerInnen für ihre berufliche Zukunft?

Sie erhalten eine breite Allgemeinbildung, welche sehr wichtig ist, weil in Zukunft viele neue Berufe entstehen werden oder andere verschwinden. Sie werden auf das lebenslange Lernen vorbereitet. Mit dem Fach individuelle Vertiefung und Erweiterung IVE zum Beispiel werden die 8. und 9. KlässlerInnen optimal auf ihre berufliche Zukunft vorbereitet. Sie können Stärken ausbauen und Schwächen minimieren, bezogen auf ihre berufliche Zukunft.

Wie sind die Schulen im Kanton auf die Einführung des neuen Lehrplans vorbereitet?

Sehr gut. Wir haben die wichtigen Fragen intensiv mit Schulleitungen und Lehrerschaft diskutiert und in einem partizipativen Prozess breit getragene Lösungen gefunden. Ich bin stolz darauf, dass eine solche Art Politik auch bei der Einführung eines Lehrplans möglich ist. Zudem unterstützten die Erziehungsdirektion und die Pädago-

Nein zur «Initiative Lehrpläne vors Volk»

Bst. Der VPOD empfiehlt die Initiative abzulehnen. 2009 hat die Stimmbevölkerung des Kantons Bern mit grosser Mehrheit JA gesagt zu zur Harmonisierung der Lehrpläne in der deutschen Schweiz. Der Lehrplan 21 vollzieht diesen Beschluss. Er orientiert sich an der heutigen Gesellschaft und den Bedürfnissen der Berufsbildung. Lehrpläne werden von Fachleuten entwickelt. Parteien und Verbände können in Vernehmlassungen dazu Stellung nehmen. Die Demokratie ist gewährt. Lehrpläne sollen nicht der Willkür politischer Diskussionen ausgesetzt werden.

**NEIN zur
Lehrplan-
Initiative!**

Chaos
in der
Schule?



Nicht vergessen am 4. März!

gische Hochschule Bern die Schulen seit 2015 mit obligatorischen Veranstaltungen, schulinternen und regionalen, fachspezifischen Weiterbildungsangeboten, mit Beratung und Grundlagen. Also ein sorgfältig geplanter mehrjähriger Prozess.

Die InitiantInnen sagen «Lehrpläne und Strukturen sind wichtig, machentscheidend sind die Lehrpersonen.» Was sagen Sie dazu?

Da bin ich 100% einverstanden. Das Entscheidende in der Schule sind nicht die Lehrplaninhalte, sondern die Qualität und die Motivation der Lehrerinnen und Lehrer, sowie deren förderorientierte Rückmeldungen an die Kinder und Jugendlichen. Letztlich ist das Wichtigste, was die SchülerInnen mitnehmen sollten: Selbstvertrauen und das Erlebnis, dass Lernen etwas Positives ist. Gerade in einer Zeit grosser Veränderungen, Stichwort Digitalisierung, ist das Wichtigste die Fähigkeit, Neues zu lernen und Veränderungen bewältigen können. Deshalb verstehe ich auch das ganze «Gestürm» um den neuen Lehrplan nicht: Diese Grundhaltung ändert sich mit dem neuen Lehrplan überhaupt nicht.

Was sagen Sie zum Eindruck, dass sich die InitiantInnen primär gegen Neuerungen sperren, die jedoch in der heutigen Gesellschaft verankert sind?

Ich habe das Gefühl, es handle sich ein Bisschen um einen Stellvertreterkrieg: Es geht bei der Initiative in der Tat fast mehr um ein allgemeines Misstrauen gegenüber gesellschaftlichen und pädagogischen Entwicklungen und

weniger um den konkreten Lehrplan. Der Lehrplan selbst bringt eigentlich nur wenige Neuerungen. Er formuliert die Lehrplaninhalte zwar anders, in Form von Kompetenzen, aber damit wird nichts Grundlegendes in der Schule umgestellt. Schon heute achten doch die allermeisten Lehrerinnen und Lehrer darauf, dass die Schülerinnen und Schüler das erworbene Wissen auch anwenden können!

Nach 12 Jahren treten Sie Ende Mai als Regierungsrat zurück. Was sind Ihre Highlights dieser Tätigkeit?

Da sind natürlich sehr viele Highlights! Die Einführung der Tagesschulen und Blockzeiten, die Wiedereinführung des regelmä-

ssigen Gehaltsaufstiegs, die Basisstufe, die Quarta-Lösung – da gibt es Vieles. Am schönsten war für mich, dass es möglich war, eine Politik der Wertschätzung, des Vertrauens und des Dialogs zu etablieren. Begriffe und Haltungen, die sonst in der Politik nicht so üblich sind. Und doch: Es ist möglich, so Politik zu machen!

... und was die grösste Enttäuschung?

Dass Moutier unseren Kanton verlassen will.

Im Namen des VPOD's danke ich Ihnen für Ihr grosses Engagement für die Bildung und die Kultur im Kanton Bern in Ihrer Amtszeit. Sie haben die Arbeitssituation der Lehrpersonen sehr ernst genommen, Sie haben die Anliegen der Gewerkschaft gehört und führten einen regelmässigen und transparenten Dialog mit uns. Dass Ihnen gute Anstellungsbedingungen wichtig war, war in Ihren Voten und in Ihrem Handeln stets spürbar. Wir wünschen Ihnen für Ihre berufliche und private Zukunft herzlich alles Gute!

Interview: Béatrice Stucki

Bilanz der Spardebatte

Bst. Das Gute – auch das gibt es – zuerst: Die Löhne des kantonalen Personals und der Lehrpersonen wurden in der Spardebatte nicht angetastet. Auch nicht die 0.3%, die für die Aufholmassnahmen eingesetzt werden. «Dieses Mal noch», wie etliche bürgerliche Parlamentarier betonten. Auch der Volksschulbereich blieb weitgehend geschont. Die Streichung der Beiträge für die SchülerInnen-Transporte wurde abgelehnt, ebenso, einmal mehr, der Abbau bei den Gartenbauschulen Oeschberg und Hünibach. Mit bloss einer Stimme Unterschied konnte der Verzicht auf eine Anpassung der Stipendien verhindert werden. Nicht verhindert werden konnten Kürzungen bei Unterstützungsmassnahmen oder Lektionen für Berufsvorbereitung. Keine Lobby die stark genug war hatten einmal mehr die Psychiatrie, die Langzeitpflege und Angebote der Suchtprävention. Um ein Jahr verzögert werden konnte der Abbau im Behindertenwesen und bei der Spitex. Die Bilanz fällt aus sozialpolitischer Sicht trotzdem bitter aus: Damit Steuersenkungen für Unternehmen möglich werden, müssen alte oder (psychisch) kranke Menschen auf Unterstützung und Hilfe verzichten, werden Präventionsangebote gestrichen und wird in der Berufsbildung gespart. Und das ist noch nicht genug: Die bürgerlichen Parteien reklamierten, das Sparpaket gehe zu wenig weit und weise keine «echten» Sparmassnahmen aus. Die nächste Abbaurunde ist angekündigt.

Wählen gehen und mitgestalten!

Am 25. März finden die Gesamt-erneuerungswahlen für den Regierungsrats- und den Grossen Rat statt. Wir haben damit die Chance, die Politik der nächsten vier Jahre mitzugestalten. Nehmen wir sie wahr – stoppen wir den Abbau und stärken wir die Linke und die Mitte!

Als 2006 der Coup gelang und Rotgrün die Mehrheit im Regierungsrat eroberte, waren die Hoffnungen gross: Endlich würde es vorwärts gehen in der Lohnpolitik, könnten bildungspolitisch Pflöcke eingeschlagen und das Gesundheits- und Sozialwesen im Kanton solidarischer gestaltet werden. Die Ernüchterung folgte schnell. Denn der Grosse Rat blieb 2006 bürgerlich und diese Mehrheit verhinderte eine Umgestaltung der bernischen Politik. 2010 und 2014 konnte Rotgrün die Mehrheit im Regierungsrat halten, aber der ab 2010 noch stärkere bürgerliche Block verhinderte weiterhin viele rotgrüne Anliegen. Ja, der Unmut der Bürgerlichen, vis-à-vis der rotgrünen Regierung, führte sogar dazu, dass sie ihre Politik verschärften, nicht mehr gewillt waren, Kompromisse zu suchen und die Arbeit des Regierungsrates bekämpften: Bei der Gestaltung Lohnpolitik für die kantonalen Angestellten und der Lehrpersonen, der Finanzpolitik, der nachhaltigen Energiepolitik und

der Sozialpolitik. Zwar konnten die rotgrünen Regierungsräte auf Verordnungsebene Zeichen setzen. Für die notwendigen «sichtbaren» Zeichen fehlte jedoch die entsprechende Mehrheit im Grossen Rat. Ja, eigentlich entstand sogar der Eindruck, diese Regierungsratsmehrheit sei vielmehr hinderlich als nützlich, denn die bürgerliche Mehrheit im Parlament stand, manchmal wider besseres Wissen, in dauernder Opposition zur Regierung. Diese Haltung manifestierte sich auch bei den Erneuerungen der Parlamentsreform: Der Grosse Rat riss Kompetenzen an sich und der Dialog mit dem Regierungsrat verschärfte sich zunehmend.

Rechte Regierungsmehrheit seit 2016

Nach den vorzeitigen Rücktritten der SP-Regierungsräte Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher hat Rotgrün die Mehrheit im Regierungsrat bei den Ersatzwahlen im Frühjahr 2016 verloren: Zwar wurde Christoph Ammann glänzend gewählt, Roberto Bernasconi aber verpasste den Juratsitz. Gewonnen hat diesen Pierre-Alain Schnegg (SVP). Er übernahm die Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Die Härte der neuen Zusammensetzung des Regierungsrates wurde mit den Vorlagen wie der Revision des Steuergesetzes, des Sozialhilfegesetzes und mit



Mehr zu den 10 Punkten für den Kanton Bern: www.planfuerbern.ch

dem Abbaupaket (Entlastungspaket 2018) bereits nach kurzer Zeit schmerzlich spürbar. Der VPOD will die Rechte des Personals, im Kanton wie in den ausgelagerten Betrieben wie den Spitälern, Kliniken und Heimen, stärken. Wir wollen eine Sozialpolitik, die diesem Namen gerecht wird. Wir wollen eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir die bürgerliche Mehrheit kippen: Wir wollen die Rotgrüne Mehrheit im Regierungsrat zurückerobern und die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat schwächen. Der VPOD fordert euch deshalb auf, VPOD-Mitglieder oder andere GewerkschafterInnen (siehe Homepage Gewerkschaftsbund des Kantons Bern www.gewerkschaftenbern.ch) zu wählen. Die ArbeitnehmerInnen brauchen eine starke Vertretung im Parlament.

Béatrice Stucki

Personalpolitische Erfolge 2014 – 2018

Bst. Trotz dauerndem Spardruck konnte der Lohnanstieg in den letzten vier Jahren mit 1,5% plus 0,3% zusätzlichen Geldern für Aufholmassnahmen, immer realisiert werden. Auf den 1.1.2015 wurde der Vaterschaftsurlaub auf 10 Tage erhöht. Und ab 1.1.2017 besteht für Frauen und Männer nach der Geburt eines Kindes der Anspruch auf Reduktion des Beschäftigungsgrades. Dank Intervention der Sozialpartner konnte die Einführung des degressiven Lohnes praktisch ohne Einbussen für Mitarbeitende in höheren Gehaltsstufen umgesetzt werden.

Gegen Abbau: Wählt VPOD-Mitglieder

Wählt die hier aufgeführten VPOD Mitglieder: Sie setzen sich für die Anliegen des Service Public ein. Speziell mit Bild hervorgehoben sind Mitglieder, die sich im Vorstand oder Sekretariat des VPOD engagieren.



Meret Schindler



Béatrice Stucki



Hasim Sancar



Regula Tschanz

WAHLKREIS BERN

Liste 4: Alternative Linke

- Angela Falk, Fachberaterin Opferhilfe, Psychologin FSP

Liste 5: SP Frauen

- Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern, Kommunikationsberaterin, bisher
- Meret Schindler**, dipl. Pflegefachfrau HF, bisher
- Béatrice Stucki**, Kaufm. Angestellte, Gewerkschaftssekretärin VPOD, bisher
- Elisabeth Arnold, Online-Redaktorin
- Nadja Kehrl, Sozialarbeiterin
- Marieke Kruit, Fachpsychologin für Psychotherapie, Leitende Psychologin
- Lea Kusano, Ethnologin, Leiterin Kommunikation usic
- Patrizia Mordini, Psychologin lic.phil., Mitglied Geschäftsleitung syndicom
- Agnes Nienhaus, Historikerin, Geschäftsführerin unimedsuisse
- Edith Siegenthaler, Leiterin Geschäftsstelle EFS, Dr.des.phil.

Liste 6: SP Männer

- Stefan Jordi, Leiter regionale Partizipation, Politologe, bisher
- David Stampfli, Historiker, Geschäftsführender Parteisekretär SP Kanton Bern, bisher
- Fabian Bauer, Geograph, Arealentwickler Stadt Bern
- Lukas Meier, Historiker, Fanarbeiter
- Szabolcs Mihalyi, Politologe

Liste 13: Grüne

- Natalie Imboden, Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern, bisher
- Hasim Sancar**, Leiter BS Pro Infirmis Stadt Bern, bisher
- Regula Bühlmann**, Zentralsekretärin SGB, Präsidentin Stadtrat Bern
- Andreas Tschöpe, Geschäftsleiter Jugenddachverband
- Regula Tschanz**, Generalsekretärin Grüne Schweiz

Liste 14: Junge Grüne

- Cyrill Bolliger, Ingenieur, Schreiner

Liste 16: PdA

- Aebersold Dominik, Lehrer

Liste 18: Grün alternative Partei

- Simone Machado Rebmann, Juristin, bisher

WAHLKREIS MITTELLAND NORD

Liste 3: SP Frauen

- Kornelia Biologin, Fachspezialistin Bundesamt für Energie, bisher
- Lydia Baumgartner, dipl. Expertin Operationstechnik, Gemeinderätin
- Kathrin Schnyder, Sozialarbeiterin FH

Liste 4: SP Männer

- Roland Näf, Lehrer, bisher
- Michael Aeschbacher, dipl. Pflegefachmann HF
- Werner Egloff Messer, dipl. Pflegefachmann HF, Direktor

Liste 6: EVP Zukunft

- Anita Lüthi, Pflegefachfrau HF und dipl. Gerontologin MAS

Liste 7: Grüne

- Guido Sauter, Gymnasiallehrer

WAHLKREIS MITTELLAND SÜD

Liste 1: SP Männer

- Luc, Mentha, Fürsprecher, bisher
- Christian Roth Brunnschweiler, Sozialarbeiter FH, Mitglied Parlament Köniz

Liste 3: SP Frauen

- Sarah Gabi Schönenberger, Juristin, Lehrerin, bisher
- Tanja Bauer, Politikwissenschaftlerin, Projektleiterin

- Karin Berger-Sturm, Dr.phil.nat. Biologin, Leiterin Weiterbildung
- Susanne Eichenberger Bachmann, Mütter-Väterberaterin

WAHLKREIS THUN

Liste 1: SP Frauen

- Marianne Dumermuth, Biologin, Gemeinderätin, bisher
- Claudine Basler, Pflegefachfrau HF
- Christina Hanna Jaccard-Santschi, Lehrerin
- Petra Maurer Stalder, Betriebswirtschafterin HF

Liste 2: SP Männer

- Peter Siegenthaler, Gemeinderat, Kaufmann, bisher
- Marcel Schenk-Ghisoni, Geschäftsleiter Pro Senectute Kt. Bern

Liste 14: Grüne

- Urs Neuenschwander, Leiter Marketing und Vertrieb Energie Thun

WAHLKREIS OBERLAND

Liste 1: SP Frauen

- Ursula Zybach, Ingenieurin ETH, Grossratspräsidentin, bisher
- Verena Roder, Dipl. Sozialarbeiterin FH
- Dorothea Simmler, Pflegefachfrau HF

Liste 2: SP Männer

- Roger Berthoud, Leitender MTRA FH

Liste 3: EVP Plus

- Christoph Blatter, Hauswart Gymnasium, Landwirt

WAHLKREIS OBERAARGAU

Liste 6: SP Oberaargau

- Reto Müller, Stadtpräsident, bisher

WAHLKREIS EMMENTAL

Liste 5: SP Unteres Emmental

- Peter Kuhnert, Dozent Uni Bern

Liste 15: Grüne

- Christine Meier, Fachstellenleiterin

WAHLKREIS BIEL-SEELAND

Liste 8: SP Frauen

- Andrea Zryd, Sportlehrerin, Trainerin

Liste 9: SP Männer

- Franz-Dominik Imhof, Gewerkschaftssekretär

Liste 10: PSR

- Pierre Ogi, Horticulteur-paysagiste retraité

Liste 22: PdA/POP

- Engel Ursula, Sozialarbeiterin / travailleuse sociale,
- Zbinden Rolf, Lehrer / enseignant

Liste 24: Grüne Biel/Verts Bienne

- Lena Frank, Pflegefachfrau, Gewerkschaftssekretärin Unia
- Urs, Scheuss, Stv. Generalsekretär Grüne Schweiz
- Claire Magnin, retraitée, coprésidente MädchenHouse des Filles Biel-Bienne

CERCLE ÉLECTORAL JURA BERNOIS

Liste 5: PS femmes engagées

- Martine Gallaz, Directrice d'un service social régional, membre du CJB

Liste 6: PS

- Christophe Gagnebin, Enseignant EPC

Liste 8: PSA

- Roubina Kouyoumdjian Grosjean, travailleuse sociale

Längerer Mutterschaftsurlaub und garantierter Mindestlohn

Der VPOD hat im 2017 zusammen mit den Vertragspartnern den GAV Langzeit überarbeitet. Dabei konnten wir einige Verbesserungen erreichen. Diese treten per 1. April 2018 in Kraft. So werden der Vaterschafts- und Mutterschaftsurlaub verlängert, ein Adoptionsurlaub eingeführt sowie einen Mindestlohn von 50'000 Franken festgelegt

Der Gesamtarbeitsvertrag für die bernischen Langzeitpflege-Institutionen ist seit 2014 in Kraft. Er regelt die Arbeitsbedingungen von gegen 2'000 Mitarbeitenden in den angeschlossenen dedica-Pflegeheimen. Die Vertragsparteien VPOD, SBK und die dedica-Heime haben den GAV überarbeitet und es konnten einige Verbesserungen erreicht werden.

Der Mutterschaftsurlaub wird von 14 auf 16 Wochen verlängert. Der vorgeburtliche Urlaub von vier Wochen wird aufgehoben, da die werdenden Mütter meist auf ärztliche Verordnung arbeitsunfähig geschrieben werden und die Krankentaggeldversicherung zum Zuge kommt. Der Vaterschaftsurlaub wird von 5 auf 10 Tage verdoppelt. Ausserdem wird ein Adoptionsurlaub von einem Monat eingeführt. Bei der kurzfristigen Kompensation von Überstunden, welche weniger als 48 Stunden vorher angekündigt wird, braucht es neu explizit das Einverständnis der Mitarbeitenden. Präzisiert wurde auch die Regelung bei langdauernder Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit oder Unfall. Nach Ablauf der Sperrfrist kann der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfristen auf das Ende der Lohnfortzahlungspflicht (Lohn 100%) auflösen. Diese Regelung ist deutlich besser als das gesetzliche Minimum und findet sich auch im GAV Berner Spitäler und Kliniken. Ab 2018 garantieren die Spitäler zudem einen Mindestlohn von 48'000 Franken. Der GAV Langzeit zieht nach und gewährleistet neu einen Jahreslohn von mindestens 50'000 Franken brutto.

Dem GAV angefügt wurde auch eine Checkliste Sozialplan, die bei einer Massenentlassung als Richtschnur gilt. Der erneuerte GAV kann ab Ende Februar unter info@vpodbern.ch bezogen werden. Er wird gleichzeitig auch online gestellt.

Der GAV Langzeit entwickelt sich erfreulich und es ist das gemeinsame Ziel der Vertragspartner, dass sich in diesem Jahr weitere Pflegeheime anschliessen. So tritt das Altersheim Turmhuus in Uetendorf per 1. Juli 2018 dem GAV bei.

Angela Zihler



Lohnentwicklung 2018

Bst. Trotz gravierenden Sparmassnahmen hat der Grosse Rat die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Lohnanpassungen 2018 nicht angetastet. Ob er die 0.3% für die Aufholmassnahmen für 2019 nochmals akzeptiert, muss aber leider aufgrund der Debatte bezweifelt werden. Für 2018 stehen dem kantonalen Personal und den Lehrpersonen wie in den letzten Jahren 1.8% für Lohnmassnahmen zur Verfügung. Konkret wird die Lohnsumme um 1% erhöht, 0.8% können aus Rotationsgewinnen finanziert werden. Umgesetzt werden die 1.8% wie folgt: 1.5% stehen für individuelle Gehaltserhöhungen zur Verfügung, 0.3% werden für Lohnkorrekturen eingesetzt, also die sogenannten «Aufholmassnahmen».

Bei den Lehrpersonen erfolgt die Anpassung der Gehaltsstufen wie im Vorjahr: Vier Gehaltsstufen bei einer Berufserfahrung von 1 – 7 Jahren, drei Gehaltsstufen bei 8 – 17 Berufsjahren und 2 Stufen ab dem 18. Berufsjahr. Dies gilt nur für Lehrpersonen, die noch nicht im Maximum sind.

Die Lohnsumme der subventionierten Betriebe wurde um 1% erhöht. Die dem GAV Langzeit angeschlossenen Betriebe verwenden meist 0.3 – 0.4% der Lohnsumme für die Umstellung auf das degressive Lohnmodell, der Rest wird für individuelle Lohnerhöhungen verwendet. Das Resultat der Lohnverhandlungen im GAV Spitäler und Kliniken wird erst im März kommuniziert.

Mehr Lohn, etwas weniger Rente

Erfolg für die Personalverbände: Das Personal erhält den Teuerungsausgleich. Zudem wird die Senkung des Umwandlungssatzes und damit der Renten abgefedert – wenn auch teilweise auf Kosten des Deckungsgrades.

Das leitende Gremium der PUBLICA, die Kassenkommission, hat beschlossen, den technischen Zins und den Umwandlungssatz der angeschlossenen Vorsorgewerke per 2019 auf 2% resp. auf 5.09% zu senken. Das würde für die Bundesangestellten zu einer Leistungseinbusse von 10% führen, wenn dies nicht durch Kompensationsmassnahmen aufgefangen wird. Der Bundesrat hatte im Dezember dem Parlament vorgeschlagen, eine Zusatzfinanzierung teils aus dem hervorragenden Rechnungsergebnis 2017 und dem Budget 2018 zu realisieren. Das Parlament hat dies unverständlicherweise verweigert.

Abfederung durch PUBLICA

Der VPOD ist sehr erleichtert, dass nun das Paritätische Organ Bund, in dem VertreterInnen der Angestellten und der Arbeitgeberin gleichviel Stimmen haben, hier in die Bresche springt. Die Einmalanlage soll aus den überdurchschnittlich hohen Vermögenserträgen 2017 finanziert werden. Damit wird zwar die Leistungseinbusse bei den künftigen Renten abgefedert, aber auch das Vermögen des Vorsorgewerks Bund auf Kosten des Deckungsgrades geschmälert. Gleichzeitig stellt der Bundesrat in Aussicht, auch den jährlichen Arbeitgeberbeitrag ab 2019 zu erhöhen. So kommt es zwar trotzdem noch zu Einbussen für die unter 60-jährigen von zwischen

5 – 2.8%. Für jüngere Mitarbeitende ist dies bitter genug, aber doch nicht ganz so massiv wie befürchtet.

Positive Bilanz

In Anbetracht der parlamentarischen Mehrheiten ist die Bilanz des VPOD insgesamt positiv: Das Personal erhält einen Teuerungsausgleich von 0.6%. Der Arbeitgeber erhöht ab 2019 dauerhaft seine Beiträge in die Pensionskasse und die Senkung des Umwandlungssatzes konnte abgefedert werden – wenn auch leider auf Kosten des Deckungsgrades der Publica.

Angriff auf Teuerungsausgleich

Nahtlos geht es nun weiter: Am 12. Februar finden die ersten Lohngespräche für 2019 statt. Zudem verlangt die Mehrheit der Finanzkommission des Nationalrates in einer Motion, dass der Anspruch



Der Bundesrat beantragte eine Einlage in die Publica und keine Lohnmassnahmen. Das Parlament lehnte die Einlage ab, beschloss aber einen Teuerungsausgleich.

auf den Teuerungsausgleich aus dem Bundespersonalgesetz gestrichen wird. Die Arbeit wird dem VPOD auch 2018 nicht ausgehen.

Christof Jakob

Anmeldung – Bestellung – Mitgliedschaft

Talon

Bestellungen und Anmeldungen auch an: info@vpodbern.ch

- Anmeldung für die Kurse am 27. März zur Altersvorsorge und am 7. Mai zu Personal-kommissionen bitte direkt beim VPOD Schweiz: vpod.ch/mitmachen/service/kurse/ bzw. 044 266 52 52
- Ich bestelle weitere Flyer «NEIN zur Lehrplan-Initiative am 4. März» zum Verteilen: _____ deutsch, _____ französisch
- Der VPOD interessiert mich. Schickt mir bitte Informationsmaterial.
- Ich möchte dem VPOD beitreten.

Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-mail _____

Beruf _____ Arbeitsort _____

Einsenden an: VPOD Bern, Sekretariat, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
Telefon 031 371 67 45, Fax 031 372 42 37, E-mail: info@vpodbern.ch

Impressum
Verband des Personal
öffentlicher Dienste
VPOD Bern Kanton und
VPOD Bern Bundespersonal
Redaktion: Christof Jakob
Gestaltung: Trans-Form
Druck: Bubenbergr Druck- und Verlags-AG

Veranstaltungen

16./17. März: VPOD-Konferenz Bildung

Gute Arbeitsbedingungen für gute Bildung: An der Konferenz geht es um Gesundheit und Arbeitsdruck. Freitag, 16. März, 16 Uhr bis Samstag, 17. März, 16 Uhr in Neuchâtel.

27. März: System der Altersvorsorge der 1. und 2. Säule

Wie funktioniert die AHV? Wie werden die Renten berechnet? Was macht eine gute bzw. eine schlechte Pensionskasse aus? Gerade nach dem Scheitern der AV2020 im September 2017 stellt sich die Frage nach einer gerechten und guten Altersvorsorge.

Mit Stefan Giger, VPOD-Generalsekretär
Dienstag, 27. März, 9.30 – 17 Uhr im Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern
Anmeldung beim VPOD Schweiz:
vpod.ch/mitmachen/service/kurse/

27. März: Die bernische Ombudsfrau für Alters-, Betreuungs- und Heimfragen stellt ihre Arbeit vor
Frau Dr. Kathrin Kummer (Fürsprecherin) berichtet von ihrer Arbeit als Ombudsfrau und stellt sich Ihren Fragen. Ziel der Ombudsstelle ist, bei Konflikten zu vermitteln und diese möglichst unbürokratisch zu lösen. Der Abend richtet sich an Ange-

stellte in Alters- und Pflegeheimen, bei der Spitex oder im Sozialbereich.

Dienstag, 27. März 2018, 18 Uhr Apéro, 18.15 – 20 Uhr Referat und Diskussion
VPOD, Monbijoustr. 61, 2. Stock, Bern

9. April: Betreuungsgutscheine für alle – was heisst das für das Personal?

Veranstaltung für KiTa-Angestellte mit Esther Christen, Leiterin Abteilung Familie, Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF Kanton Bern

Montag, 9. April, 19 – 21 Uhr Sitzungszimmer movendo, Monbijoustr. 61, 2. Stock, Bern

7. Mai: Meine Arbeit in der Personalkommission

Mehr Informationen und Anmeldung zu diesem ganztägigen Kurs in Bern beim VPOD Schweiz:
vpod.ch/mitmachen/service/kurse/

29. Mai: HV VPOD im Kompetenzzentrum Arbeit

Die Einladung folgt im nächsten Standpunkt.
Dienstag, 29. Mai: 18 Uhr Apéro, 18.45 Uhr, Führung Kompetenzzentrum Arbeit (KA), 19.45 Uhr Hauptversammlung VPOD Bern Kanton und Bund und Thema «Sozialabbau». KA, Lorrainestrasse 52, Bern.

Mehr Infos auf www.bern.vpod.ch

Aktuell

■ NEIN zu No-Billag am 4. März

Wer würde von der Abschaffung der SRG profitieren? Private ausländische Sender und Firmen wie Google und Facebook. Und Blocher-TV. Die Initiative «No-Billag» zielt auf den öffentlichen Rundfunk und damit auf eines der wichtigen Bindemittel der Schweiz. Und im Fernsehen lief ausländischer Einheitsbrei. Die Initiative «No-Billag» ist auch ein direkter Angriff auf die Demokratie. Der VPOD bittet dringend alle Stimmberechtigten am 4. März diese Initiative abzulehnen.

■ SOS sda-ats

Bei der Schweizerischen Depeschagentur sda soll ein Drittel der Stellen gestrichen werden. Das ist ein Kahlschlag sondergleichen, der massive Auswirkungen auf eine unabhängige Berichterstattung hätte. Organisationen wie die Gewerkschaft VPOD sind auf die Dienste der sda angewiesen, da die Nachrichtenagentur immer öfter Meldungen für

die eh ausgedünnten Redaktionen der Printmedien verarbeiten. Wir unterstützen deshalb den Kampf der Belegschaft und fordern alle auf, sich an der Kampagne zu beteiligen: <https://act.campax.org/petitions/sos-sda-ats-retten-wir-unsere-dreisprachige-nachrichtenagentur>.

■ Steuererklärung ausfüllen

Wer Fragen zum Ausfüllen der Steuererklärung hat, meldet sich am besten telefonisch bei Mario Miserre (031 371 67 45) für ein Beratungsgespräch mit Gerhard Hauser (Fürsprecher) oder Stephan Beutler (Fürsprecher) an. Nur für VPOD-Mitglieder! ½ Stunde gratis, anschliessend Fr. 50.– pro ½ Stunde. Keine ausführliche Beratung bei der Deklaration von Liegenschaften, keine Rekonstruktionen von Wertschriftenverzeichnissen usw. Montag, 26. Februar; Mittwoch, 28. Februar; Montag, 5. März und Mittwoch, 21. März (jeweils 18.00 – 20.00 Uhr) beim VPOD, Monbijoustrasse 61, Bern (2. Stock rechts).